

Ä1 Ungebrochen Solidarisch - Gegen Rechts hilft Links

Antragsteller*in: Lilli Grosch, Johannes Hunger, Sebastian Hansen, Mathilda Oechslein, Arian Kunze, Kai Frescher, Marvin Bauersfeld, Alexander Eichel, Anna Gmeiner, Jonas Turber, Florian Wunderle, Hannes Rosenitsch, Mia Morell, Eva Boyks, Anna Kock, Jannis Decker

Änderungsantrag zu P1

Von Zeile 20 bis 25:

Es gilt, dieses Erstarken mit aller Kraft aufzuhalten. Das bedeutet, dass die Bemühungen der extremen Rechten um Machtpositionen und kulturelle Hegemonie gezielt bekämpft werden müssen. Dabei gilt es vor allem, extrem rechte Netzwerke zu zerschlagen. BR-Recherchen gehen davon aus, dass durch die AfD mehr als 100 Rechtsextreme im Bundestag beschäftigt sind. Die Correctiv-Recherchen haben verdeutlicht, wie AfD-Abgeordnete so den Zugriff auf sensible Daten ermöglichen und rechte Netzwerke finanzieren. Es ist klar, dass die AfD Zentrum und Anker eines Großteils der extrem rechten Vernetzung in Deutschland ist. Ein Parteiverbot würde der politischen Rechten in Deutschland einen Großteil ihrer Ressourcen entziehen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Rechtsprechung zurecht hohe Hürden für Parteiverbote aufgebaut. Eine Verfassungsfeindlichkeit, eine kämpferische Haltung gegen die Demokratie und eine ausreichende Relevanz der zu verbietenden Partei müssen gegeben sein. Es gibt inzwischen erhebliche und konkrete Hinweise, dass die AfD alle Kriterien erfüllt. Als GRÜNE JUGEND Bayern fordern wir, ~~das AfD-Parteiverbot~~ deswegen zum Schutz der Demokratie, umgehend ein Verfahren für ein Parteiverbot der AfD durch Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung einzuleiten. Zunächst gilt es dabei, die zum großen Teil öffentlich vorhandenen Beweise zu prüfen sammeln, eine erste Klageschrift zu entwerfen und auf Erfolg zu beurteilen.

Von Zeile 28 bis 37:

vielerorts ein soziales Netzwerk für Jugendliche. Dieses Feld dürfen wir ihnen nicht überlassen. Zum einen muss auch hier mit den rechtsstaatlich vorgesehenen Maßnahmen gearbeitet werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die bayerische Staatsregierung und das Bundesinnenministerium auf, extrem rechte Vorfeldorganisationen wie die "Identitäre Bewegung" oder "Ein Prozent für unser Land" umgehend aufgrund ihrer Verfassungsfeindlichkeit zu verbieten. Auch extrem rechte Burschenschaften wie die Teutonia in Würzburg, die Danubia in München oder die Markomannia Wien in Deggendorf und Passau müssen verboten, geschlossen und deren Vereinsvermögen eingezogen werden.

~~Als GRÜNE JUGEND Bayern fordern wir eine Offensive gegen Rechts vor Ort: Schulen, Sozialarbeit und Jugendzentren brauchen eine klare antifaschistische Agenda. Wir fordern deshalb massive Investitionen, um diese Strukturen gut auszufinanzieren und auszubauen.~~

~~Als GRÜNE JUGEND müssen wir zudem an solidarischen Strukturen arbeiten. Wenn wir als politisch Linke sichtbar das Zusammenleben vor Ort prägen und konkret Hilfe leisten, gewinnen wir Vertrauen und sind nahe an den Menschen dran, wenn sie drohen von rechter Rhetorik überzeugt zu werden.~~

Begründung

Der Antrag wurde überarbeitet, da der ursprüngliche Antrag an vielen Stellen zu wenig differenziert, zu wenig ausführlich und analytisch zu wenig tiefgehend und teilweise verkürzt war. Zudem wurden an einigen Stellen konkrete Forderungen ergänzt. Klar ist für uns, dass das Erstarken der extremen Rechten in den letzten Jahren keineswegs nur monokausal materialistisch erklärt werden kann,

sondern dass es hierfür auch erhebliche kulturelle Gründe gibt. Diese Strategie der "kulturellen Hegemonie" wird von der extremen Rechten selbst propagiert, weswegen sie in unserer Analyse berücksichtigt werden muss und wir Gegenstrategien entwickeln müssen. Es wurde ein Part zu Social-Media ergänzt, um dieses Problem zu adressieren. Das gleiche gilt für die politische Bildung, zu der entsprechend ein Absatz eingefügt wurde.